

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Auf dem Weg zum Bürgerblock.

Stresemann ausgeschifft. — Die Republik ihren Feinden ausgeliefert?

Unfisch wird mitgefressen:

Der Reichspräsident hat heute vormittag den bisherigen Reichsminister Dr. Marx mit der Regierungsbildung beauftragt. Dr. Marx hat den Auftrag angenommen.

Der zweite Dolchstoß der Volkspartei hat nicht vermocht, die Erteilung des Auftrags zur Regierungsbildung an Marx zu verhindern. Aber jetzt handelt es sich nicht mehr um die Bildung einer von Marx geführten Regierung der Mitte. Ahermals wird mit den Deutschnationalen verhandelt, abermals erscheint die Bildung eines Bürgerblocks mit deutschnationaler Teilnahme wahrscheinlich.

Die Verhandlungen über die Bildung des Bürgerblocks unter dem Reichsminister Marx werden intensiv betrieben. In den frühen Nachmittagsstunden verhandelten Hergt und Westarp mit Marx. Man nennt folgende deutschnationalen Minister:

- Außeres — Herr von Radowicz
- Innere — Wallraf
- Landwirtschaft — Schiele.

Das ist die Kapitulation der Mittelparteien vor den Deutschnationalen! Mögen immer die Deutschnationalen sich zu den Formeln der Mittelparteien bekennen: Stresemann ist von den Angriffen der Deutschnationalen gefallen. An seine Stelle tritt der frühere Oberzeremonienmeister des Sultans Mehmed V. Die Deutschnationalen beherrschen Innere und Außeres, — das Ausland wird darin ein Programm sehen, das lauter spricht als alle Formulierungen. Die Demokraten zeigen die Neigung, an dieser Bürgerblockregierung teilzunehmen, wie sie sagen, „um die Kontrolle zu behalten“. Schöne Kontrolle angesichts der Auslieferung des Innenministeriums an eine verfassungsfeindliche Partei!

Angeblich haben die Deutschnationalen sich bereit erklärt für Verfassungsschutz und Erfüllungspolitik einzutreten. Das ist eine Kapitulation vor Worten, — wenn es wahr ist. Die Kapitulation der Mittelparteien ist schlimmer. Sie geben nicht Worte und Programme auf, wenn sie mit den Deutschnationalen regieren, sondern politische Taffaden. Die Deutschnationalen kompromittieren sich vor ihren Wählern, aber sie gewinnen Macht und Raum, um ihre Politik im Innern wie nach außen durchzuführen. Die Mittelparteien erzielen einen Vorstieg — aber sie kompromittieren sich und ganz Deutschland im Ausland auf das schwerste. Mehr. Sie kompromittieren die republikanische demokratische Verfassung.

Was wird aus dem Schutz der Verfassung gegen rechts, wenn den Deutschnationalen das Innenministerium ausgeliefert wird? Die Deutschnationalen sind eine anti-republikanische Partei — geschworene Feinde der Demokratie, des parlamentarischen Systems, der gegenwärtigen Reichsverfassung. Eine Regierung, an der sie teilhaben, ist eine Regierung gegen die Republik. Von vornherein wird die Sozialdemokratie einer solchen Regierung mit der schärfsten Begrenzung gegenüberstehen.

Sie wird nicht dulden, daß die Republik ihren Gegnern ausgeliefert wird!

Die Präsidentenfrage.

Der Reichstag nach kurzer Vormittagsitzung auf 2 Uhr vertagt.

Die heutige Sitzung des Reichstages begann mit harter Ver-spätung, weil die drei bürgerlichen Mittelparteien auf die Idee gekommen waren, daß zwischen der Regierungsbildung und der Wahl des Reichspräsidenten ein Zusammenhang bestehe. Die Sitzung sollte um 11 Uhr beginnen, aber erst um 12 Uhr eröffnete der Alterspräsident Gen. Bod auf dem Präsidentenplatz und eröffnete die Sitzung mit der Bekanntgabe der Urlaube, die einigen Abgeordneten erteilt sind. Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten, deren erster Punkt Wahl des Vorstandes ist.

Abg. Fehrenbach (Zentr.) beantragt, die Sitzung zu ver-tagten, und die Anberaumung der nächsten Sitzung dem Alterspräsidenten zu überlassen. Zur Begründung führt er aus: Nach meiner Auffassung besteht zwischen der Re-gierungsbildung und der Wahl des Reichstagsvorsitzendes ein persönlicher Zusammenhang (Zurufe d. Komm.: Schieben! Schieben!). Zum Schieben habe ich gar keine Veranlassung (Zurufe d. Komm.: Aber zum Ruhhandel!). Da die Regierungsbildung bis jetzt noch nicht erfolgen konnte, scheint es mir angezeigt, auch die Bildung des Reichstagsvorsitzendes zu verschieben (Aha-Rufe d. d. Komm. und große Heiterkeit).

Abg. Dittmann (Soz.): Unsere Fraktion hält diese Begründung nicht für stichhaltig und wird gegen den Antrag Fehrenbach stimmen. Abg. Schulz (Dnat.): In erster Linie ist es dringend notwendig, daß der Reichstag sich konstituiert. Wir brauchen einen tatkräftigen Präsidenten, der die Wiederholung der gestrigen Szenen verhindert (Wärm bei den Kommunisten), die eine Schande und Schmach waren. (Geschrei bei den Kommunisten.) Wir beantragen, sofort die Wahl des Präsidiums vorzunehmen.

Abg. Koenen (Komm.): Der Reichstag fängt auf am! (Große Heiterkeit.) Sie können keine Regierung finden, Sie können kein

Reichstagspräsidium finden, Sie können nur finden, wie man Arbeiter niederschlägt, wie man Abgeordnete tagelang im Gefängnis hält und zum Hungerstreik zwingt, wie jetzt in München. Uns ist es recht, wenn Sie sich kein Präsidium wählen, wir brauchen dieses Präsidium nicht. Wir sind sehr einverstanden damit, daß die Regierungsbildung nicht zustande kommt, daß Sie sich vor den deut-schen Arbeitern und vor dem Ausland nach Kräften blamieren. Wir beantragen, in die heutige Sitzung einzutreten und zunächst über die Freilassung der politischen Gefangenen und die Aufhebung des Aus-nahmestandes zu verhandeln.

Abg. v. Graefe (Dnat.): Gestern war gerade Herr Fehrenbach so eifrig auf den Wortlaut der Geschäftsordnung verlesen, daß sofort auf den Namensaufruf die Wahl des Präsidiums folgen müßte; jetzt schiebt er noch die ganze Regierungsbildung in die Geschäftsordnung hinein. Wir müssen sofort einen Präsidenten wählen, der das Haus vor solchen Szenen bewahrt, wie wir sie gestern erlebt haben.

Abg. Fehrenbach (Z.): Herrn v. Graefe war es gestern darum zu tun, gleich in der ersten Sitzung seine Selbstgemeinschaft mit den Kommunisten darzutun. (Großes Hallo.) Was ich vor-schlage, steht dem § 13 der Geschäftsordnung in keiner Weise ent-gegen.

Bei der nun folgenden Abstimmung erheben sich für den Antrag Fehrenbach die Parteien des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Demokraten, während gegen den Antrag die Sozialdemo-kraten, Kommunisten, Deutschnationalen und Deutschvölkische stimmen. Damit ist der Antrag Fehrenbach abgelehnt.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) beantragt nunmehr, die Sitzung auf 2 Uhr zu vertagen (Rufe der Kommunisten: Schieber). Die Reak-tionen haben sich noch nicht einigen können und es ist händige Uebung des Hauses, einem solchen Vertagungsantrag, zumal, wenn er von drei Fraktionen gestellt wird, stattzugeben.

Abg. Schulz (Dnat.): Nach dem Gebrauch des Hauses können wir einen solchen Antrag nicht ablehnen, aber es ist bedauerlich, daß so kluge Leute, wie sie in diesen drei Parteien verammelt sind, noch so lange Zeit zur Ueberlegung brauchen. (Heiterkeit.)

Abg. Dittmann (Soz.): Auch wir widerlegen uns nicht der von drei Fraktionen gewünschten Vertagung, sprechen aber die Erwartung aus, daß, wenn der Reichstag um 2 Uhr wieder zu-sammentritt, die Wahl des Präsidiums erfolgt.

Nachdem nach Abg. Koenen (Komm.) dagegen „protestiert“ hat, daß die Freilassung der verhafteten Abgeord-neten noch nicht beschlossen sei, wird der Vertagungs-antrag unter dem Geschrei und Händeklatschen der Kommunisten angenommen.

Helfer des Faschismus.

Das Echo der kommunistischen Flegelchen.

Wären die Kommunisten bezahlte Agenten der faschistischen Reaktion, so hätten sie nicht anders und besser operieren können, als in der gestrigen Eröffnungssitzung des Reichstages. Ein Blick in die Reichs- und Schattien-pressen genügt, um die wahre Wirkung ihres Verhaltens zu

Der neue Schiedsspruch.

Der Schiedsspruch liegt bis jetzt noch nicht im Wortlaut vor. Wie uns aus zuständigen Kreisen versichert wird, ist dieser Schieds-spruch für die Bergarbeiter verhältnismäßig so wenig ungünstig aus-gefallen, daß die Vertreter der vier Bergarbeiterverbände ihren Ver-tandmitgliedern die Annahme des Schiedsspruches empfehlen werden.

Ueber den wesentlichen Inhalt des Schiedsspruches erfahren wir:

Der neue Schiedsspruch bedeutet gegen die verschiedenen bis-herigen Sprüche eine Verbesserung insofern, als er die Siebenstundensfrist grundsätzlich bestehen läßt und die ein-stündige Mehrarbeit nur bis zum 30. September 1924 vorsieht. Von da ab kann die Mehrarbeit an jedem Monatsersten mit zweimonat-licher Frist gekündigt werden. Die Arbeitszeit über Tage beträgt acht Stunden und eine Stunde.

Für die Kohlearbeiter ist eine Verlängerung der Arbeitszeit eingetreten. In Betrieben mit einer Garungszeit von 28 und mehr Stunden beträgt die effektive Arbeitszeit im Wochen-durchschnitt 62 Stunden. In Betrieben mit kürzerer Garungszeit und in solchen, die Gas erzeugen, kann die Arbeitszeit bis zu 72 Stunden im Wochendurchschnitt erhöht werden, doch ist für jede weitere über 62 Stunden hinausgehende Arbeitszeit $\frac{1}{10}$ des wöchent-lichen Durchschnittslohns zu zahlen.

Der Lohn wird ab 1. Juni um weitere 5 Proz. erhöht, so daß einschließlich der Erhöhung von 15 Proz. durch Verbindlich-keitserklärung ab 1. Mai, der Aprillohn ab 1. Juni eine Steigerung von insgesamt 20 Proz. erfährt.

Da die Streikzeit gewissermaßen als Urlaubzeit betrachtet wird, ist es jedem Arbeiter gestattet, den ihm nach dem Manteltarif zu-stehenden Urlaub durch die entsprechende Lohnsumme abgelten zu lassen. Der Betrag soll möglichst sofort ausgezahlt werden, soweit die Zechen die hierzu notwendigen Summen beschaffen können, um den Bergarbeitern in ihrer augenblicklichen starken finanziellen Bedrängnis entgegenzukommen.

Die an den Verhandlungen beteiligten Funktionäre der Berg-arbeiter haben sich sofort ins Ruhrgebiet zurückgegeben, um in den vorbereiteten Revierkonferenzen für die Annahme des Schiedsspruches und damit für die Wiederaufnahme der Arbeit einzutreten.

erkennen. Nicht eine Spur von Sorge oder gar Angst macht sich in den deutschnationalen Blättern bemerkbar: die Reaktion hat längst verlernt, sich vor den Kommunisten zu fürchten. Das war einmal; seitdem hat sie die bolschewistische Bewegung nur noch als Kinderfurcht benutzt, um das Bürgertum, soweit wie möglich nach rechts zu bringen. Aber nachdem dieses Ziel leider in genügendem Maße erreicht ist, benutzt sie die Erzeße der Kommunisten, um die Republik und ihre Einrichtungen zu diskreditieren: die angeblichen Schrittmacher der Diktatur des Proletariats sind ihr die besten Schrittmacher der faschistischen Säbelherrschaft.

Aufrichtige Sorge und Empörung verbunden natür-lich mit dem erklärlichen Ruf nach Verschärfung der geschäfts-ordnungsmäßigen Zwangsmittel gegen die Ruhestörer, macht sich lediglich in den demokratischen Blättern und in der „Ger-mania“ bemerkbar. In der „Vossischen Zeitung“ wird die Schaffung einer besonderen Parlamentswache ge-fordert, wie sie z. B. in England besteht.

In Frankreich besteht sie gleichfalls, jedoch in der Form einer täglich wechselnden Infanteriekompanie. Wir würden allerdings durchaus davor warnen, in ähnlicher Weise etwa die Reichswehr zu dieser wenig erbaulichen politischen Aufgabe heranzuziehen.

Bei den reaktionären Blättern hingegen macht sich nicht Sorge, sondern umgekehrt Hohn und Schadenfreude bemerkbar. Mit kaum verhüllter Genugtuung stellt der „Lokal-Anzeiger“ fest:

„Die Deutschvölkischen tun den Demokraten und Sozialdemo-kraten einstweilen durchaus nicht den Gefallen, Amok zu laufen und den Porzellanladen des hochheiligen Parlamentarismus zu zer-schlagen. Das besorgen ganz allein die „politischen Ander“ des Herrn Evering.“

Die Gesangsfinale der Eröffnungssitzung gibt den Herren die erwünschte Gelegenheit, die Spießherzen damit zu er-freuen, daß das Deutschlandlied gegen die „Internationale“ gehörig ausgespielt wird. Aber die ganz Scharfen machen bereits aus ihren geheimen Wünschen kein Hehl mehr. Die „Deutsche Zeitung“ schließt ihren Bericht mit den Worten:

„Notwendig wäre doch nur gewesen: „Ein Leutnant und zehn Mann“ im Sitzungssaal des hohen, besondern Schußes wür-digen Hauses.“

Und am deutlichsten wird der schwerindustrielle „Tag“: „Stunden an der Spitze unserer Regierung Männer, die die Konsequenzen aus diesem ganzen Theater zu ziehen verstehen, so hätten wir sehr bald die schärfste Militärherrschaft. Das Sowjet-Theater wäre schnell am Ende... Rechts wird das Deutschland-lied angestimmt. Links die Internationale zum Sturm entfacht. In der Mitte sitzen mit großen Augen unsere bisherigen großen Politiker, nach deren Ansicht mit Demokratie und Parlamentarismus ein Volk aus dem Dreck kommen kann.“

Sinowjew hat wieder einmal vorzügliche Arbeit für die ärgsten Feinde der Republik und der Arbeiterklasse geleistet!

Parteimonopol und Petroleum.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, im Mai 1924.

Die faschistische Partei strebt weiter mit unge-schwächter Energie danach, ihre politische Monopol-stellung zu festigen und auszubreiten. Der Entwurf zur Umgestaltung des Reglements der Kammer, den auf Befehl des „hohen Rates des Faschismus“ eine von ihm ernannte Kommission ausgearbeitet hat, geht darauf hinaus, die Kam-mer und ihr „Dazwischenreden“ in der Praxis ganz zu be-seitigen. Man ist nicht mehr zufrieden damit, die übergroße Mehrheit zu haben, mit der man alles durchsehen und die Funktion des Parlaments zu einer rein dekorativen Herabdrücken kann; es soll auch alles bequem und mühelos zu erreichen sein. Die an Zahl so geringe Opposition soll nicht nur die Wucht der Mehrheit gegen sich haben, son-der auch noch gefesselt sein durch die eigene Recht-lostigkeit. Daher fordert der Entwurf der Abänderung des Reglements (der, obwohl außerhalb des Parlamentes aus-gearbeitet, doch unbeanstandet von der Kammermehrheit an-genommen werden wird), daß nach dem Schluß der allge-meinen Debatte nur noch die Abgeordneten das Wort nehmen können, die eine von mindestens 30 Unterschriften unterstützte Tagesordnung eingebracht haben; diese Abgeordneten können nur 30 Minuten sprechen und keiner kann mehr als eine Tagesordnung unterzeichnen.

Auf diese Art soll den kleinen Fraktionen der Opposition, von der allein die Merkmalen 30 Stimmen aufbringen könnten, erspart werden, eine Tagesordnung einzubringen und ihre Leute zum Worte kommen zu lassen; nach der bisherigen Geschäftsordnung genügten 20 Unterschriften, wobei ein Ab-geordneter mehrere Tagesordnungen unterzeichnen konnte.

Nach folgendem ist die andere Erklärung: der Regierung steht es frei, jede namentliche Abstimmung um 24 oder 48 Stunden zu vertagen. Das bedeutet, daß die faschistische Mehrheit sich nicht der Langeweile der Parlamentsverhandlungen aussetzen braucht; diese, meist in der Freiheit dreifachen jungen Leute werden nach Ablauf der parlamentarischen Fälligkeit dem Leben in Montecitorio nicht allzuviel Geduld abgewinnen können. Deshalb soll es ihnen unbenommen sein, sich wo anders zu betätigen. Um die arbeitslose Opposition soll kein Faschist in seiner Bewegungsfreiheit gehemmt werden. Droht die Opposition bei einer Abstimmung in der Mehrheit zu sein, was sich ja sehr leicht berechnen läßt, so beantragt die Regierung einfach die Vertagung der Abstimmung um 48 Stunden und ruft ihre Getreuen aus allen Ecken Italiens herbei. Es wäre eigentlich noch bequemer und der faschistischen Auffassung des Parlamentes nicht weniger angemessen gewesen, wenn die Geschäftsordnung die Abgeordneten der Mehrheit ermächtigt hätte, ihre Stimme im voraus bei der Kammerpräsidentenschaft zu hinterlegen, so daß sich die Ausübung des parlamentarischen Mandats auf die leichte und schmerzlose Arbeit des Einkassierens der Diäten beschränken könnte.

Die Kommission ist offenbar nicht ganz auf der Höhe; sie soll auch den Vorschlag abgelehnt haben, die für die Beantragung einer namentlichen Abstimmung und der Feststellung der Beschlussfähigkeit der Kammer nötige Stimmenzahl so zu erhöhen, daß die Opposition nie oder doch nur durch eine Koalition ihrer Fraktionen erreichen könnte.

Während sich aber die faschistische Partei diese Mühe gibt, die ganze Politik des Landes in ihren Händen zu monopolisieren, treten ganz plötzlich und brutal die Nachteile dieses Monopols in die Erscheinung. Unter diesen Nachteilen verstehen wir nicht den nie erdenden inneren Zwist und Hader. Wenn ein faschistischer Abgeordneter, der frühere Eisenbahner Marinacci, sich die „Rückfälle zur Vorbild der heute angewandten faschistischen „Verbanntung“ gehen und als administrative Verhinderung Mißliebiger (nach dem dem Vorbild der angewandten faschistischen „Verbanntung“; vorstellt, und Kontrolle über alles fordert, was man im In- und Auslande über die „Nationale Regierung“ schreibt, so ist das eigentlich mehr für die Wähler als von Bedeutung als für das politische Leben des Landes. Auch die etwas mühselige Diskussion, die dem Faschismus eine Theorie und eine Ideologie zu geben sucht, nehmen wir nicht tragisch; der Faschismus wird da als „Gegenreformation“ kritisiert, als liberalistisch-individualistische Staatsauffassung und als Regime des starken Staates, der alles besorgt und bedenkt, so daß dem Bürger bleibt nichts übrig als zu gehorchen. All das soll Philosophie sein.

Wir wollen also hier gar nicht von der geistigen Krise des Faschismus sprechen, obwohl das heute ein sehr modernes Thema ist. Viel ernster erscheint es uns, daß die faschistische Partei, die bis auf ein halbes Duzend Blätter über die gesamte italienische Presse verfügt, auf einmal einen Teil dieser Blätter sich zum Wortführer der schwersten Beschuldigungen gegen den Finanzminister De Stefani und den Wirtschaftsminister Corbino aufwerfen sieht. Wie geht es zu, daß eine Partei, die tatsächlich die öffentliche Meinung und die öffentliche Kritik ausschließlich in Händen hat, plötzlich über ihre eigenen Männer herfällt mit Beschuldigungen der schwersten Art, wie sie kaum jemals eine Opposition gegen einen Minister zu schleudern gewagt hat? Man könnte sagen: das ist eben ein Zeichen, daß es innerhalb der faschistischen Partei jene Freiheit der Kritik gibt, ohne die ein Land nicht gedeihen kann; der Faschismus kritisiert und läutert sich selbst; er beweist dadurch am besten, daß die Funktion der Opposition als Kontrollinstanz überflüssig ist: die Hingabe des Faschismus an die nationale Sache ist so groß, daß er selbst als erster die Schäden im eigenen Lager aufdeckt.

Das klingt sehr schön. Befiehet man sich aber die Sache näher, so hält diese Deutung nicht stand. Gewiß, die angreifenden Zeitungen sind alle faschistisch, genau wie die Ver-

teidiger der angegriffenen Minister faschistisch sind. Aber eine italienische Zeitung ist noch nicht eindeutig bestimmt, indem man sie als faschistisch bezeichnet; es gehört ein zweites Element hinzu, nämlich das ihres Geldgebers. Die Schwerindustrie der Gruppe Odero, der Banca Commerciale, der Banco di Roma ermöglichen die finanzielle Existenz faschistischer Tageszeitungen der Hauptstadt. Was heute aufeinanderplagt, sind nicht etwa Faschisten verschiedener Tendenz, sondern die Millionen-Interessen des Industrie- und Finanzkapitals. Daß ihre Blätter alle die faschistische Etikette tragen und die faschistische Regierung verherrlichen, erschließt bisher als eine Macht des Faschismus; eben sein Monopol der öffentlichen Meinung, gegen das niemand aufkommen konnte. Heute ist es seine Schwäche, denn wie Blut dick ist als Wasser, so sind wirtschaftliche Interessen zäher und widerstandsfähiger als politische Meinungen. Heute ist es nicht die gleiche politische Färbung, die den Ausschlag gibt, sondern das Geld der Ansaldo gegen das der Odero, einer Finanzgruppe gegen die andere, einer Bank gegen ihr Konkurrenzunternehmen. Und all diese entseffelte Eier soll der Faschismus mit seiner Fahne zudecken, all diese verschiedenen Interessen entgegenschlagender Herzen soll daselbe Schwarzhemd verhüllen!

Die gegen De Stefani erhobenen Beschuldigungen sind im wesentlichen die folgenden: er soll die „Banca Commerciale“, die größte Privatbank Italiens, in der viel auswärtiges Kapital steckt und deren Leiter in Italien nationalisierte Ausländer sind, zum Schaden der italienischen Industrie begünstigt haben; ferner hätte er dem „Standard Oil Trust“ den gesamten noch nicht ausgebeuteten Untergrund Italiens zur Durchforschung nach Petroleum und zur etwaigen Ausbeutung des Petroleum verkauft. Wie man sieht, handelt es sich nicht um Bagatelien. Um ausländisches Kapital zu begünstigen, hätten der Minister und die Banca Commerciale gemeinsam eine Lieferung hintertrieben, die Deutschland als Wiedergutmachung leisten sollte und die in 7000 Tonnen Material für die Erforschung von Petroleumquellen bestand; der Preis betrug 1,90 Lire das Kilo, während die später vom Staat angekauften Materialien einer von der „Banca Commerciale“ abhängigen Firma mit 4,25 Lire pro Kilo bezahlt worden wären. Man wirft der Commerciale vor, im Hinblick auf die Unterhandlungen mit der „Standard Oil“ — des durch seine amerikanischen Stände bekannte Sinclair-Konzerns — die Finanzierung italienischer Bohrungen und überhaupt der italienischen Montanindustrie systematisch unmöglich gemacht zu haben. Kurz, es handelt sich um eine der größten Gaunereien, deren sich ein Minister schuldig machen konnte, um wahren und wirklichen Verrat der wirtschaftlichen Interessen des Landes.

Es wäre völlig zwecklos, wollten wir es hier versuchen, die Haltbarkeit der Beschuldigungen zu untersuchen. Das zu tun wären heute nur wenige Eingeweihte imstande; es fehlen auch denen, die hinter die Kulissen sehen können, die Mittel, um sich über den wirklichen Tatbestand Rechenschaft abzulegen. Das große Publikum ist vollständig im unklaren über Recht und Unrecht der ganzen Sache.

Wir wollen und können nicht entscheiden, auf wessen Seiten das Recht liegt. Wir begnügen uns damit, festzustellen, daß ein Minister der „nationalen Regierung“ von Organen seiner eigenen Partei einer gemeinen Form von Landesverrat beschuldigt wird, daß diese Organe im Dienste von Kapitalistengruppen stehen und dafür bezahlt werden, andere Kapitalistengruppen zu schädigen, und daß in beiden Lagern, hüben wie drüben, die faschistische Fahne weht. Die Situation ist in Italien, das immerhin seinen Stempel der „Banca Romana“ gehabt hat, ohne Präzedenzfall; aber es hat sich auch noch nie eine ungeheure Zahl von Zeitungen gleichzeitig im Dienste der Regierungspartei und in dem widerstrebenden Kapitalistengruppen befunden. Es mag Mussolini als ein

Kunststück erschienen sein, so viele Zeitungen zu haben, ohne dafür die Geheimfonds in Anspruch zu nehmen. Man sieht heute, daß es ein gefährliches, ein halbschweres Kunststück war.

Besatzung und Ruhrkampf.

Gelsenkirchen, 28. Mai. (Wtz.) Im Verlaufe des Ruhrkonflikts kam es heute zu einer ersten Besprechung zwischen der Besatzungsbehörde, den Zechenbesitzern und Zechenbetriebsräten. Die Besprechung fand in Buer in Westfalen für die Stadt selbst und für die umliegenden kleineren Gemeinden statt. Der belgische Kommandant betonte, daß die Kohlarbeiten auf den Zechen unter allen Umständen gelockert werden und daß auch die Kohlereibetriebe völlig in Last gehalten werden müßten, damit nach Beendigung des Ruhrkonflikts die Arbeit sofort wieder voll aufgenommen werden könnte. Die Betriebsräte erklärten, keinen Einfluß auf die Ausführung von Kohlarbeiten zu haben. Sie würden sich aber gegebenenfalls dafür einsetzen, daß 3 Proz. der Belegschaft zu solchen Arbeiten herangezogen würden. Die Zechenbesitzer erklärten jedoch, für die Kohlarbeiten mindestens 7 Proz. der Belegschaft zu brauchen. Von der belgischen Besatzungsbehörde wurde betont, daß die Zechen besetzt werden würden, falls nicht eine befriedigende Regelung der Kohlarbeiten zustande käme.

Kommunistendemonstrationen in Duisburg.

Duisburg, 27. Mai. (Wtz.) In Hamborn und in den Vororten Duisburgs, Seeds, Saar und Reiderich waren gestern kommunistische Plakate erschienen, die für heute zu einem „Spaziergang“ nach Duisburg aufforderten. Darum fanden sich auch heute große Mengen ausgesperrter Arbeiter und andere Personen in Duisburg ein, die zunächst in losen Gruppen, dann aber in geschlossenen Zügen nach dem Stadtturm zu kommen suchten. Die Polizei hatte jedoch bereits die Hauptstraßen durch starke Posten besetzt, die die Züge aufhielten und zerstreuten. Zugleich war der Vorplatz vor dem Rathaus mit einem Kommando Schutzpolizei besetzt worden, nachdem vorher der Markt von den Händlern geräumt worden war. Einem starken Zug von Mühlheim gelang es aber, die Königstraße zu erreichen und bis zur Poststraße zum Rathaus zu kommen. Hier trat ihm ein starkes Polizeikommando entgegen, dem es gelang, den Zug aufzulösen, während gleichzeitig eine Abteilung berittener Polizei die Nachfolgenden auf dem Königsplatz aufrollte und zurückdrängte. Die Beamten zogen die blanken Waffen, ohne jedoch von ihr Gebrauch zu machen. Drei Männer, die der Polizei Widerstand leisteten, wurden festgenommen. Gegen 1 Uhr war es der Polizei gelungen, die innere Stadt ganz zu säubern. Die Demonstranten wurden zu gleicher Zeit in der Richtung Ruhrort-Hamborn zurückgedrängt.

Der Hitler-Göhring in Tirol.

Jetzt ausgeritt — unbekannt wohin!

Innsbruck, 28. Mai. (Wtz.) Im Tiroler Landtag beantwortete der Landeshauptmann eine von den Sozialdemokraten gestellte Anfrage über den Aufenthalt des am Hitler-Busch führend beteiligten gemeinsamen Hauptmann Göhring in Innsbruck dahin, daß dieser im November vorigen Jahres mit einem ordentlichen Paß nach Tirol kam und wegen seiner schweren Verwundung in Spitalpflege genommen werden mußte. Nach seiner Genesung wurde er angewiesen, das Land zu verlassen. In Anbetracht der mittlerweile eingetretenen Reiseunfähigkeit seiner Gattin wurde ihm auf Grund eines ärztlichen Gutachtens eine weitere Aufenthaltverlängerung zugestanden. Nach Befehl dieses Hindernisses sei er neuerlich aufgefordert worden, das Land zu verlassen, was er auch tat. Drei weitere am Hitler-Busch beteiligte gewesene Personen, die nach Tirol gekommen waren, seien sofort nachdem die Behörde von ihrer Anwesenheit Kenntnis erhalten hatte, aufgefordert worden, das Land zu verlassen. Auch sie hätten dieser Aufforderung entsprochen. Der deutsche Schriftsteller Mengen, der in Innsbruck naturwissenschaftliche und kulturgeschichtliche Vorträge hielt, und wegen dessen Abweisung die sozialdemokratischen Abgeordneten gleichfalls angefragt hatten, sei abgeschoben worden, weil seine Papiere nicht in Ordnung waren.

Notizen.

Von Hans Reimann.

Auf einer Reise von Frankfurt nach München wurden unsere Bäfte rezidiert. Ich fragte den Rechten, warum er das täte. „Um das Eindringen des Bolschewismus nach Bayern zu verhindern!“

Paragraf 2 des Frauenvereins zu Röhdelheim lautet: „Der Verein hat den Zweck, den Dienst der evangelischen Frauen und Jungfrauen an den Gliedern der Gemeinde zu wecken und zu organisieren.“

Das Dortmunder Stadttheater führte den Wallenstein auf. Ein armer Schüler, Kontorist, brannete darauf, Schüler zu erleben. Aber es gab kein einziges Billet mehr. Hingegen wurden dringender Statisten benötigt. Der Kontorist rannte um das Theater herum und zum Bühneneingang hinein und meldete sich beim Intendanten. Er bekam eine Garderobe zugewiesen und mußte sich eilends als dreißigjähriger Rittersmann kostümieren. Als solcher durfte er auf die Bühne zwecks Erzielung von Volk nebst Gekummel. Jedes Wort des Stückes kannte er. Er glühte vor Begeisterung. Der Schauspieler, der den Wallenstein spielte, gefiel ihm nicht. Aus der Kulisse spannte er auf jede Nuance. Der Drang mitzumimmen loderte in ihm empor. Er würde es hundertmal besser machen als der fidele Wallenstein. Schwupps, stand er draußen, wild gestikulierend und dem zu Tode betroffenen Wallenstein ins Wort fallend. Er war nicht zu bändigen. Der richtige Wallenstein, nicht gekannt, sich verdrängen zu lassen aus seinem angestammten Rechte, überbrüllte den gegnerischen Wallenstein. Sie kämpften Duett. Die Katastrophe schien unausbleiblich. Schließlich stürzten beide ab und verprügelten sich hinter der Scene. Wallenstein tötete den Wallenstein.

Im Mai 1918 mußte auf Befehl der Zensur (Leipzig) die erste Zeile eines Gedichts von Dornig Gurler geändert werden. Statt „Ich bin eine Dirne, was ist denn dabei?“ wurde der Text vorgeschrieben: „Sie war eine Dirne.“ Was ist denn dabei?

Um Achts Ruhe zu haben vor ihrem Baby, vor ihrem plärrenden Baby, hat die Mama dem Schreibstisch monatlang Molin eingeklebt und andere Schlafmittel. Das Kind ist heuer vierzig Jahre, aber immer noch wie schlaftrunken. Ihr Mütter seid gewarnt!

Herr Beder ist ein feilensguter Mensch und liebt seine große Tochter über die Maßen. Einmal hat er gesagt: „Anneli, wenn ich dir ein Fahrrad kaufen darf, schenk ich dir zwei Pfund Praline!“

Ein Schäferchen nach Tisch noch faul und verdrießlich.

In Worpensede gibt es einen Bahnhof. Doch was nützt der schönste Bahnhof, wenn niemals nicht kein Zug fährt?

Im Wartesaal zweiter Klasse des Bahnhofs zu Hannover hängt ein Gemälde, das den Grafen Waldersee darstellt. Ich halte es für meine Pflicht, darauf hinzuweisen.

Die Mama einer berühmten deutschen Tragödin war einhundert- undzwanzig Jahre alt, da sie starb. „Mein armes Mütterlein,“ seufzte die berühmte Tragödin. „Das es so früh von mir gehen mußte!“

Wer vergessen hat, was Militarismus ist, dem sei folgendes zu ewigem Gedenken ins Gehirn gehämmert: „Sie sehen gut? Sie hören gut? Was am Ohr gehabt? Leben die Eltern noch? Beide? Anstehende Krankheiten in der Familie gewesen? Waschen Sie lehr! Unten Fuß hoch! Den rechten! Front! Husten Sie mal! A. u.!“ Der Nächste!

Das ist wörtlich. Bei jeder Musterung ungezählte Male. Und dazu im Hintergrund ein Transporent: „Menschenmaterial!“

Hobasema bedeutet holländische Bäckereimaschinenfabrik. Heidsieha bedeutet Heidelberger Zigarrenhaus. Kroggott hingegen ist ein Krug-Blättmittel. Ich bin unerschuldig.

Einen Rechtsputz in Ehren darf niemand verwehren.

„Du bist Sowjet-Söhnen, mein Land, das ferne leuchtet!“: so sing ich abends zur Salafika.

Knabe oder Mädchen — Gesetz oder Zufall? Es gibt Familien, in denen vorzugsweise Knaben, und andere, in denen hauptsächlich Mädchen geboren werden, und man hat daraus Vererbungsrechnungen herleiten wollen, die in einzelnen Familien hervortreten. Diese so vielbesprochene Frage ist aber noch ganz ungeklärt, und es ist sehr zweifelhaft, ob sich daraus wirklich ein Gesetz herleiten läßt. Der Wiener Privatdozent, Dr. Julius Bauer hat nun versucht, festzustellen, ob die gelegentlich beobachtete Häufung eines Geschlechts tatsächlich öfter vorkommt, als sie nach dem Wirken des Zufalls zu erwarten wäre, oder ob sie lediglich der nach der Zufallsrechnung normalen Häufigkeit entspricht. Ueber die Ergebnisse seiner Berechnungen berichtet er in der „Klinischen Wochenschrift“. Er hat die Häufigkeit des Vorkommens von Knaben und Mädchen bei 2348 Familien mit insgesamt 12.330 Kindern untersucht und gefunden, daß sie genau der von Gauß aufgestellten Zufallskurve entspricht. „Die Häufung von Kindern desselben Geschlechts in einer Familie ist somit nicht öfter zu beobachten, als es dem Gesetz des Zufalls nach zu erwarten ist“, lautet seine Schlußfolgerung. Wenn also z. B. in einer Familie ausschließlich 8 Knaben oder ausschließlich 8 Mädchen vorkommen, so haben wir kein Recht, eine bestimmte Vererbung des Vaters oder der Mutter zur Zeugung von Nachkommen gerade dieses Geschlechts anzunehmen, sondern dieses Ereignis ist nach den

Gesetzen des Zufalls zu erwarten. Die Wahrscheinlichkeit für den Eintritt dieses Ereignisses ist zwar bloß 1:256; es wird also unter 256 Ehen mit 8 Kindern nur ein einzigesmal erwartet werden dürfen, es kommt aber in Wirklichkeit auch nicht häufiger vor. Es tritt eben, so häufig ein, wie ein Roulettepieler bei acht aufeinanderfolgenden Spielen jedesmal rouge oder jedesmal noir trifft. Eine konstitutionelle Veranlagung zur Zeugung von Nachkommen vorzugsweise eines Geschlechts läßt sich also nicht nachweisen.

Die Nordwanderung der Neger in den Vereinigten Staaten. Die in der Kriegszeit einfliegende starke Abwanderung der Negerbevölkerung aus den agrarischen Südstaaten der Union nach den Nordstaaten nimmt unaufhörlich ihren Fortgang. Im letzten Jahre sind aus den dreizehn Südstaaten insgesamt 478.000 farbige Fortgezogene, das heißt, nicht weniger als 5,7 Proz. der farbigen Bevölkerung dieser Staaten. Am stärksten ist von der Abwanderung der Staat Florida betroffen worden, der volle 27 Proz. seiner Negerbevölkerung an die Nordstaaten abgezogen hat; Alabama und Georgia haben je 10 Proz. dieses Bevölkerungsanteils verloren. Wenn auch die Ursachen für diese Negerwanderung — denn als solche erscheint diese in ihrem Umfang nicht leicht zu überschätzende Bewegung — in erster Linie wirtschaftlicher Art sind, so haben die Südstaaten doch auch allen Anlaß, sich angesichts ihrer entvölkerten Farmen und Fabriken auf die psychologischen Ursachen der Bewegung zu besinnen, auf die zwar in Rücksicht begriffene Annullierung der elenden Bildungsmöglichkeiten für die Neger, auf das Welen der „Jim-Crow-Cars“, die zusammen einen nicht zu unterschätzenden Anreiz für den Fortgang nach dem besseren Norden ergeben.

Die 20-Kilometer-Rakete. Der amerikanische Gelehrte Dr. Robert H. Goddard, der vor vier Jahren seinen Plan ankündigte, eine Rakete nach dem Mond abzuschicken, wird jetzt den ersten Versuch in dieser Richtung ausführen. Freilich ist die von ihm hergestellte Rakete noch nicht instande, die etwa 400.000 Kilometer zurückzulegen, die der Mond von der Erde entfernt ist. Er muß sich vorläufig mit einer Rakete begnügen, die 20 Kilometer hoch geschleudert werden soll. Im „New York Herald“ kündigt der Gelehrte an, daß er im August seine Rakete abschicken wird, die mit einer Reihe von Explosionsstoffen geladen ist, die sich in bestimmten Abständen während des Fluges selbst entzünden und dadurch ihre Aufwärtsbewegung durch die Luft verstärken sollen. Er glaubt, wenn es ihm gelingt, die Rakete die ersten 20 Kilometer hoch zu schicken, würde er sie dann allmählich bis auf den Mond bringen können.

Die Große Volkssoper hat am 27. Mai Sommerpreise eingeführt. Die Preise sind bedeutend herabgesetzt.

Das Hof-Theater in Gotha als Theatersmuseum. Das Hof-Theater in Gothaer Schloss, das ehrwürdige Denkmal aus der klassischen Theaterkunst der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, soll in seiner ursprünglichen Form wiederhergestellt und zum Mittelpunkt eines umfassenden Thüringer Theatersmuseums gemacht werden.

Der Walzer kehrt wieder. Wenn die Zeichen nicht trügen, ist das Ende der modernen Länge gekommen, und der Walzer, der schon eine historische Wertmaßstäbe geworden war, dürfte bald wieder in seine Rechte eingetret werden. Die Bewegung geht von England aus, wo der Walzer in der Königin eine warme Fürsprecherin gefunden hat. Auf ihre Anregung hin werden die modernen Tänze bei den Hofesten nicht mehr getagt, vielmehr ist hier nur noch der Walzer gestattet.

Klaff als Zeuge.

Die Beziehungen zwischen Klaff und Grandel.
(Dritter Verhandlungstag.)

Zu Beginn der heutigen Verhandlung stellte der Vorsitzende fest, daß dem Zeugen Metz vom Reichskommissariat für die öffentliche Ordnung die Auslagerungsbasis von einem Gericht worden sei. Die Vernehmung erklärte, daß sie sich weitere Schritte vorbehalten. Der Zeuge a. T. Metz hat um seine baldige Vernehmung, da er durch die bisherigen Auslagen der Angeklagten in den Ruf eines Lügners geraten sei.

Dann wurde Amtsgerichtsrat Wagemann über den Charakter des Angeklagten Grandel vernommen. Der Zeuge kennt Dr. Grandel genau und erklärt, daß Grandels Einstellung ausschließlich auf ein hohes Geldziel liege. Ein Paradies liege völlig außerhalb seiner geistigen Einstellung. Er habe bezüglich des Bestandes Grandels den Eindruck, daß der Angeklagte wie in einem Kaufgeschäft gehandelt habe. — Staatsanwalt Burghard:

Ist Ihnen bekannt, daß Grandel wegen Steuerhinterziehung und Preistreiberi verurteilt ist?

Vor.: Ich habe bei den Akten eine Verurteilung Grandels wegen Beamtenuntüchtigkeit zu 300 M., Umsatzsteuergehabung und Preistreiberi. — Dr. Saß: Hat Grandel nicht stets einen machtpolitischen Kampf abgeleitet und sich für die Regeneration von unten her eingesetzt? — Zeuge: Ich habe auf dem Gebiet des deutschen Rechtes einen Entwurf hergestellt und mit Grandel viel darüber gesprochen. Wenn heute der Ruf nach dem deutschen Recht durch das Volk geht, verdanke wir das Dr. Grandel, der die Mittel für meine Arbeiten für Druckkosten usw. gab.

Der Professor Dr. Grandels, Just Rupp, schilderte den Gesundheitszustand Grandels sehr ausführlich. Grandels geistiger Zustand sei seit dem Sommer sehr schlecht geworden. Er sei gereizt, oft aufgebracht, habe sehr vergesslich und erkenne mitunter schon nach wenigen Stunden nicht mehr Briefe, die er selbst entworfen habe. Auf eine Frage des Justizrats habe, ob der Zeuge wisse, daß Grandel bei der Erneuerung seines Passes keine Eile an den Tag gelegt habe, erklärt der Zeuge, daß der in Frage kommende Steuerbeamte ihm erklärt habe, Grandel habe selbst gemeint, die Pöherneuerung hieße Zeit.

Auf Befragen des Vorsitzenden bestätigte auch der Zeuge Wagemann, daß er, der Grandel 1922 zum letztenmal gesehen, jetzt bei einem Besuch im Gefängnis einen ganz veränderten Menschen gefunden habe.

Dann erstattete Geheimrat Rat Schömer sein medizinisches Gutachten über die Angeklagten, über ihren geistigen und körperlichen Zustand. Grandel sei zweifellos herzkrank und seine Ausdauer notorisch beschränkt. Thormanns Seineszustand sei sorgfältig studiert worden. Geisteskrankheit liege zwar bei ihm nicht vor, aber der Schädelbruch bedeute eine Wendung in seinem Leben zu ungunsten des Angeklagten. Seine nächsten Bekannten erklären, daß aus einem früher friedfertigen Menschen ein Arzaleiter und Wichtigtuer geworden sei. § 51 treffe allerdings nicht zu, doch sei er geistig minderwertig. Seine Nervenzerrüttung liege in ursächlichem Zusammenhang mit der Tat.

Was Dr. Grandel angeht, liegt zu seinem organischen Herzleiden eine große Muskelkraft im Gegensatz. Es wurde dagegen psychisches Schädelleiden, also eine leichte Hysterie festgestellt. Dr. Grandel hat früher Chloroformergiftungen im Laboratorium erlitten. Dr. Grandel behauptet, Selbstmordversuche mit Morphium und Cobain gemacht zu haben, doch scheint das ungläublich, weil niemals ein Arzt ihn daran behandelt hat.

In seiner ersten Ehe habe Dr. Grandel viel Unglück erlebt. Die Scheidung erfolgte, weil Dr. Grandel im Zustand der Geisteskrankheit seine Frau mißhandelte.

Er ist mit seiner ganzen Familie zerfallen. Grandel behauptet, daß Thormann einen harten, fast zynischen Umgang auf ihn ausgeübt habe. Den Nachweis, daß er unter Selbstbezügungen leide, habe Dr. Grandel nicht führen können. Grandel sei Neurotiker mit hysterischem Einschlag. Eine Störung des Bewußtseins liegt bei ihm nicht vor.

Er leidet nicht an Sinnesstörungen und urteilt geistig scharf und ohne Störung. Auch seine Handlungsfreiheit ist ungestört. Jene geistige Schwäche liegt nicht vor, doch ist ein depressiver Zustand unerkennbar. § 51 komme keineswegs in Frage.

Red. Rat Dr. Thiele erklärte, daß die geistigen Funktionen Grandels in der Tat hart abgenommen, das er den Inhalt von Schriftstücken schon nach Stunden nicht mehr wiedergeben konnte. Grandel leidet an schweren seelischen Verstimmungen und sei schwerster Melancholiker. Daraus erkläre sich auch die Selbstbezügung. Zur Zeit der Tat dürften Grandels Seelesträfte beeinträchtigt gewesen sein, da die seelischen Verstimmungen eines Menschen längerer Entwicklung bedürfen.

Prof. Strauch schilderte dann den Zustand Dr. Grandels. Dr. Grandel macht äußerlich den Eindruck eines beginnenden Paralytikers. Was das Geständnis anlangt, so sei es erwiesen durch die Tatsache, daß er als Hysteriker plötzlich aus der Freiheit in die Einzelhaft verurteilt worden sei. Bei Melancholikern finde man häufig den Wunsch zu büßen und den Willen zur Selbstvernichtung. Unverständlich aber bleibe an dem Geständnis die Hineinziehung einer fremden Person, des Justizrates Klaff. Bei Abgabe des Geständnisses lagen krankhafte Störungen des Gemütes vor.

Unter allgemeiner Spannung wurde darauf

Justizrat Klaff

vernommen, der unvoreingenommen ausfragt. Vor.: Haben Sie mit Grandel in irgendeiner Form über ein Attentat oder eine Ermordung des Generals v. Seekt gesprochen? — Zeuge: Nein, ich habe im vorigen Jahr in Hamm mit Herrn aus dem letzten Gebiet eine Konferenz über Abwehrmaßnahmen gegen die Franzosenmachenschaften gehabt. Dort lernte ich Grandel kennen, der als Vertreter gewisser bayerischer Kreise zugezogen war. Grandel trug seine Ansichten in ruhiger Weise vor. Ich fuhr dann zufällig mit Grandel im selben Zuge nach Berlin zurück und auch hier beschäftigte sich der Eindruck, daß Grandel ein ruhiger, besonnener Mann sei. Grandel äußerte den Wunsch, öfter mit uns zusammenzukommen. Das geschah schon am nächsten Tag. Meine Erklärungen über Grandel lauteten günstig. Er wurde als zuverlässiger, etwas eigenbrüderlicher Mensch geschildert. Ich traf dann in Kissingen mit ihm zusammen und Grandel führte mir mehrere seiner bayerischen Freunde zu. Wir verhandelten damals über Dinge des neuereigenen Gebietes.

Grandel übernahm die Mitwirkung an unserer Arbeit.

besonders um den Separatisten das Handwerk zu legen. Grandel hat für diese Funktionen Gelder erhalten. Ich mußte insofern kritischer Nachrichten nach Berlin zurück, und der Zufall wollte es, daß Dr. Grandel an diesen Besprechungen im Mai teilnahm. Grandel unterrichtete mich und meine Freunde über die Lage in der Schweiz und Bayern. Es kam die Zeit der Einstellung des Ruhrwiderstandes. Wir waren damit nicht einverstanden und taun, was dagegen von privater Seite zu machen war.

(Schluß im Morgenblatt.)

Segen Moskauer Verleumdung.

Moskau, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistischen Angestellten der Berliner Russischen Handelsvertretung haben einen Protest nach Moskau gerichtet, in dem sie gegen die von russischen Zeitungen erhobene Beschuldigung, daß Bokenhardi und Lehmann im Dienste der Berliner Polizei gestanden hätten, Verwahrung einlegen. Gleichzeitig haben die Angestellten eine Deputation nach Moskau geschickt, die die Interessen der zum 1. Juli gekündigten deutschen Kommunisten wahrnehmen soll.

„Vom Baumstamm zum Möbel.“

Ein Filmabend bei den Holzarbeitern.

Zu einer interessanten Veranstaltung hatte der Holzarbeiterverband nach der Königstadt-Brauerei in der Schönhauser Allee geladen. — Von allen Seiten erschallt der Ruf nach Mehrarbeit, sagte der Vorsitzende des Verbandes, Genosse Larnow, in einem einleitenden Vortrag. In unserer Zeit, in der die Verarmung fast des ganzen Volkes festzustellen ist, kann eben nur vermehrte Leistung bei der Güterproduktion helfen. Die einen sagen: Verlängerte Arbeitszeit; — die anderen: Niedrige Löhne; daß beides falsch ist, könnten unsere Unternehmer bei den Amerikanern lernen. Bei uns: Produktionssteigerung durch Ausparnung des einzelnen, der Gütervermehrung durch technischen Fortschritt. Damit ist die soziale und die wirtschaftspolitische Rückständigkeit unseres deutschen Unternehmertums beiseite. Der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands wird bedingt durch die technische Vervollkommenheit seiner Warenherstellungsmethoden; solange unsere Industrie das nicht begriffen hat, wird sie sich die Konkurrenz technisch weiterentwickelter Länder gefallen lassen müssen, zum Schaden des Volksganges. Die Arbeiterschaft wird sich keiner Entwicklung entgegenstellen, die vermehrte und verbesserte Lebensmöglichkeit schafft. Sie legt aber ihren ganzen Widerstand ein, wenn die finanziellen und kulturellen Erfolge des technischen Fortschritts nicht der Gesamtheit, sondern einigen wenigen Ausbeutern zugute kommen sollen. — An Beispielen aus der deutschen Holzindustrie zeigte der Vortragende, wie gerade hier durch die maschinelle Vervollkommenheit des Produktionsprozesses eine Verbilligung der Produkte erzielt werden könnte. Mehr als die Hälfte aller Holzarbeiter Deutschlands entbehren die Maschine als Hilfskraft. Von 110 000 Betrieben sind nur 8400 mit Maschinen ausgerüstet; in allen anderen wird noch alles „von Hand“ gemacht. Eine Kiefernsumme von Volkswerten könnte durch die maschinelle Ausgestaltung dieser Betriebe erworben werden. Innungsarbeit, die Sucht nach mühselosem Gewinn, hemmen jeden Fortschritt.

Das Holz in der Maschine.

Der vorgeführte Film zeigte die „Holzlaten-Werke“ in Hamburg-Altona. Als Reklamefilm für das Unternehmen hergestellt, konnte durch ihn doch eine wirksame Unterstüßung der Gedankengänge des Referats erzielt werden. Richtig Holzlagerplätze, eigene Leimfabriken, eigene Werkzeugmaschinen, in denen selbst Dampfhammer nicht fehlen, eigene Jurniermaschinen; dem Hauptwerk angegliederte Glaschleifereien, Möbelschloß- und Möbelbeschlagfabriken, ja selbst ausgebaute Lornmoore, die den Brennstoff für die Betriebsmaschinen liefern, sind vorhanden. Alles das gab ein Bild großzügiger Organisation und fortschrittlicher Technik. Wir wurden in die Jurnierschälererei geführt, in der Jurniere von solcher Feinheit geschnitten wurden, daß 100 Platten übereinander erst einen Zentimeter

Der Knabenmord vor der Aufklärung.

Ein Deutschnationaler unter Mordverdacht verhaftet.

Die bisher äußerst geheimnisvolle Angelegenheit des in der Dahlewieger Jockt erschossen aufgefundenen 15jährigen Schülers Günter Balzer ist infolge der unausgesehenen Bemühungen der Bemühungen der Beamten der Abteilung 1a des Berliner Polizeipräsidenten nahe vor der vollkommenen Aufklärung. Es hat nämlich bereits eine Verhaftung dreier junger Leute stattgefunden, und zwar eines gewissen 19 Jahre alten Liebed, der dem Deutschnationalen Jugendbund angehört soll und bereits schwer belastet erscheint, ferner eines gewissen Heinz Schmidt und eines Schlossers Dueka, von dem man allerdings noch nicht hat feststellen können, ob sie einer rechts- oder einer linksradikalen Organisation angehören. Der genannte Liebed soll in Hilaruniform mit dem ermordeten jungen Balzer am Abend vorher gesehen worden sein. Der verhaftete Schmidt ist der Sohn eines Mahlsdorfer Architekten Heinz Schmidt. Wie das Verbrechen zustande gekommen ist, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Obduktion der Leiche findet heute abend statt.

Für die Aufklärung des Verbrechens ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt worden.

Zwei schwere Ueberfälle.

Noch immer Unsicherheit im Treptower Park.

Eine Rente von Strophenrübern verübte am Dienstagabend einen Ueberfall vor dem Hause Salzweberstraße 7. Hier kam gegen 8 1/2 Uhr ein 15jähriger Mädchen namens Luzie Polka, das in dem Hause wohnt, mit einem Zweirad von einer Ausfahrt zurück. In der Nähe trieben sich mehrere junge Burschen herum. Als das Mädchen abgefahren war und das Rad in den Hausflur hineingeschoben wurde, wurde es plötzlich von diesen Burschen überfallen, die versuchten, ihm mit Gewalt das Rad zu entreißen. Auf die Hilferufe der Ueberfallenen kamen ihr Vater und ihr Bruder aus dem Hause herbeigeeilt. Die Räuber fielen ohne weiteres auch über diese beiden her und schlugen blühdings auf sie ein. Der Vater erlitt eine schwere Verletzung über dem rechten Auge, dem Bruder wurde eine Rippe ausgebrochen. Als nun auf den Herrn Schutzpolizeibeamte herbeikamen, ergriffen die Räuber die Flucht. Den sie verfolgenden Schutzbeamten gelang es, zwei von ihnen einzuholen und zu ergreifen. Es sind zwei Brüder, ein 24 Jahre alter Otto Kaufmann aus der Birkenstraße 44 und ein 22 Jahre alter Paul Kaufmann aus der Stromstraße 25. Beide leisteten heftigen Widerstand und schlugen wie wild um sich. Einer sprang einem Beamten an die Kehle und würgte ihn, bis der Angestellte sich durch einige Schläge freimachen konnte. Aber auch jetzt gaben sie ihren Widerstand noch nicht auf. Erst als mehrere Beamte dazukamen und die Gummiknüppel gebrauchten, wurde er endgültig gebrochen. Die Verhafteten wurden von der nächsten Wache nach dem Polizeipräsidenten gebracht und der Kriminalpolizei vorgeführt.

Die leider noch immer nicht behobene große Unsicherheit im Treptower Park wird durch folgenden schweren Ueberfall wieder einmal auf das weitestente illustriert. Der Jockey Karl Schmandt aus der Seestraße 35 in Reinickendorf wurde im Treptower Park abends um 10 1/2 Uhr überfallen und so schwer verletzt, daß er sich nur noch mit Mühe nach der nächsten Polizeiwache schleppen konnte. Diese mußte ihn sofort nach dem Arzthaus am Urban bringen. Der Ueberfallene hat besonders schwere innere Verletzungen davongetragen. Er liegt noch vernehmungsunfähig darnieder. Es ließ sich deshalb noch nicht feststellen, an welcher Stelle des Parks und wie sich der Ueberfall zugetragen hat, ebensowenig ob etwas geraubt ist.

Sakentkruz-Strolche auf der Habel.

Der Student Heinz und der Lehrling Fritz Kaufmann (Charlottenburg) hatten eines Tages in Gesellschaft von Bekannten einen Ausflug nach Radow gemacht. Als sie von dort eine Kuderpartie unternehmen wollten, trafen sie am Landungssteg die Angestellten Theodor Jaenicke und den Gasküster Erich Kuhbars aus Steglitz. Es entstand zwischen ihnen ein Wortwechsel, dem aber von beiden Seiten keine größere Bedeutung beigegeben wurde. Die Brüder Kaufmann unternahmen dann eine Kuderpartie, die Angestellten begaben sich in das Segelheim. Nach einer Stunde bestiegen die Angeklagten ihr Segelboot. Nachdem sie sich etwas vom

hoch sind. Wie sich die Papierrolle in der Rotationsmaschine dreht, wurde hier von einem Stück Baumstamm ein endloses Journierblatt abgeholt. Eine Zigarettenfabrik: Holzstücke von der Länge und Breite einer solchen Riste werden an rasend schnell rotierenden Kreisfräsen vorbeigeführt, die richtige Holzstücke in Zigarettenfräsenfräse schneller abtrennen, als die geübteste Hausfrau Stullen schneidet. In dieser Branche weitgehendste Mädchenarbeit und spezialisierte Männerarbeit. Der gute Mann, der die Vektorarbeit an den Zugmaschinen (nur für die bekannten „dicken“ Zigaretten!) ausführt, hatte eine Arbeitschürze um, die durchaus einer Reiselandkarte der Nordgebirge glich, so daß sich der Beim darauf. In riesigen Sälen stehen die erdenklichsten Maschinen für die Bearbeitung des Holzes. Mit einem Griff fräht ein Arbeiter in Wästelstentbreite zehn und mehr schwalbenschwanzförmige „Zinken“ ein, eine Arbeit, die bei der Herstellung an der Habelbank den mehrlaufendfachen Zeitaufwand erfordert. Im Umsehen ist durch das dicke Werkstück Holz mit dem Keilsträger, der wie die Kuschelkassette einer Regenschirm auszieht, ein rechtwinkliges Loch gefräst. Wer schon mal mit Hammer und Stechbeutel diese Arbeit ausführt, kann die Zeitersparnis würdigen. Dem Drechsler wird seine Arbeit abgenommen; automatische Maschinen, die jeden Arbeiter entbehrlich machen, treten an seine Stelle. Selbst der Holzbildhauer wird durch die Papiermaschine ersetzt. Ein Arbeiter führt an den Konturen eines Metallmodells einen Hebel entlang, der durch Vermittlung eines anderen Hebelsystems an sechs Holzlöchern zugleich die Form des Modells entstehen läßt. Für die wirklich guten Bildhauerarbeiten werden allerdings immer noch die „Stecher“, die Holzbildhauer, gebraucht.

Das Holz in der Handarbeit.

Wenn die Maschinen ihre Arbeit geleistet haben, kommt schließlich doch noch der Handwerker zu seinem Recht. Die rein maschinell hergestellten Einzelteile werden von Tischlern zu fertigen Möbeln zusammengebaut. Hier, in diesen Sälen, sieht man sogar noch Habelbänke, an denen „alles gleich gehobelt“ wird. Bei aller technischen Entwicklung bleibt trotzdem die Maschine noch zu erfinden, die oben einen Baumstamm aufnimmt und unten das fertige Möbel ausliefert. Eine Triekaufnahme zeigte am Schluß des Films Möbel, die für Ueberseetransport bestimmt, erst am Bestimmungsort zusammengepackt werden. Ihre Verpackung in Einzelteilen erspart kolossal Schiffsraum. Ein fertiges Herrenzimmer mit Bibliothek und Schreibtisch wird in eine nicht übergroße Kiste gepackt. Der Film vermittelte ein interessantes Bild von den Möglichkeiten technischer Entwicklung im Produktionsprozess des Holzgewerbes. Hier liegen die Wurzeln unseres Aufstiegs, hier verjümt der Schrei nach Arbeitszeitverlängerung und Lohnföhrung. Der Holzarbeiterverband hat mit der Vorföhrung dieses Films seinen Berufsangehörigen mehr Aufklärung vermittelt, als zehn Versammlungsreden und Protestresolutionen es vermocht hätten. Die Aufklärung und Bildung unserer Gewerkschaftsangehörigen ist in den Zeiten mostowitscher Gehirnverföhrung mehr denn je nötig.

Band entfernt hatten, trafen sie das Ruderboot der Zeugen. Mit den Worten: „Da ist ja der großmäulige Judenbengel“ fuhren die fast 20 Jahre älteren und bedeutend kräftigeren Angeklagten auf das Ruderboot zu. Der Angeklagte Kuhbars ergriff den Zeugen Fritz Kaufmann an der Gurgel, würgte ihn und schlug ihn ins Gesicht. Als der Angegriffene in der Notwehr dem Angeklagten Kuhbars einen kräftigen Schlag versetzte, schlugen beide Angeklagten auf die Zeugen mit allen möglichen Gegenständen ein. Außerdem besetzten sie das Boot der Zeugen an dem ihren, um sie angeblich zur Polizei nach Wannsee zu bringen. Obwohl die Zeugen ihnen einen mit Lichtbild versehenen Ausweis zeigten und die Angeklagten hielten, sie nach dem ganz nahe gelegenen Radow zu bringen, damit ihre dort weilenden Eltern über ihr Verbleiben Bescheid wüßten, schleppten sie in der Dunkelheit das Boot der Zeugen 3 Stunden mit sich, ohne später die Polizei in Anspruch zu nehmen. Das Schöffengericht in Potsdam verurteilte beide Zeugen wegen Freiheitsberaubung, den Angeklagten Kuhbars auch wegen Körperverletzung zu 30 bzw. 75 Goldmark Geldstrafe. Von beiden Seiten war hiergegen Berufung eingelegt worden. Der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Such, machte vor der Strafkammer in Potsdam insbesondere geltend, daß die Angeklagten sich der Rechtsunbilligkeit ihrer Handlungswiese nicht bewußt waren. Das Gericht schloß sich jedoch den Ausführungen des Staatsanwalts und des Rechtsanwalts Dr. Bed-Charlottenburg, der für den als Nebenkläger zugelassenen Vater der Zeugen Kaufmann austrat, an, verwarf die Berufung der Angeklagten und erhöhte die Strafe auf je 200 Goldmark.

Die Beilehung der Witze der verstorbenen Genossin Martha Demming findet morgen Donnerstag (Himmelfahrtstag), nachmittags 4 Uhr, auf den Friedhof in Friedrichsfelde statt.

Frühkonzert im Zoologischen Garten findet am Himmelfahrtstag von 6 Uhr ab durch die Kapelle des Infanterie-Regiments Nr. 9, unter Leitung des Obermusikmeisters Adolf Becker, statt.

Große Brillantendiebstahl. Am 21. d. M. stieg im Hotel Esplanade ein Farmer ab, der sich für einen Amerikaner ausgab und Louis Herbert nannte. Der Mann besuchte verschiedene Juwelengeschäfte. Am Montag besah er sich abends in die Privatwohnung eines Juweliers, um hier Schmucksachen auszusuchen. Der Geschäftsmann legte ihm auch verschiedenes vor. Als er gestern seine Juwelen wieder mit ins Geschäft nehmen wollte und die Türen durchschloß, entdeckte er, daß ihm der angebliche Amerikaner zwei Brillanten im Werte von über 10 000 Mark gestohlen hatte. Als der Juwelier im Hotel nachfragte, erfuhr er, daß Louis Herbert gestern vormittag zwischen 9 und 10 Uhr ohne Angabe eines Ziels abgereist sei.

Sonntag Eröffnung des Wannsee-Freibades. Der Magistrat Berlin hat bekanntlich das Freibad Wannsee in eigene Verwaltung übernommen und läßt dort nun zur Hebung des Bades und des gesamten Betriebes Neubauten ausführen. Diese Neubauten haben bisher die Eröffnung des Freibades verzögert. Im indes den zahlreichen Besuchern des Wannsees Gelegenheit zum Baden zu geben, soll zunächst provisorisch am nächsten Sonntag, den 1. Juni, der Badesbetrieb aufgenommen werden. Die vollständige Eröffnung kann erst nach Fertigstellung der umfangreichen Bauten an dem auf 400 Meter verlängerten Strande und erweiterten Anlagen erfolgen.

Zurückbrenner Hotelbrand in New York.

Eins der größten Hotels in New York (New Jersey) ist einem Brand zum Opfer gefallen. Bis her wurden 20 Tote und zahlreiche Verletzte gemeldet. Das Feuer entstand, während die Hotelgäste schliefen. Die Gäste der obersten Etagen wurden später in ihren Zimmern verlohrt aufgefunden.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: ziemlich warm und heiter bei schwachen Luftbewegungen.
Deutschland: In Südwestdeutschland strichweise Gewitter, sonst trocken, normliegend heiter und warm.

Briefkasten der Redaktion.

L. S. „Der Kladderadatsch“ (ganz im Maximalhaus) ist vom Nationalklub,

Gewerkschaftsbewegung

Zum Verbandstag der Glasarbeiter.

In der Woche vom 2. bis 6. Juni hält der Zentralverband der Glasarbeiter seinen Verbandstag in Radeberg bei Dresden ab. Wohl kaum eine zweite Gewerkschaft hat unter so schweren Mühen und harten Kämpfen die letzten Jahre zu leiden gehabt als der Verband der Glasarbeiter. Die Industriellen verfügen über starke und leistungsfähige Organisationen und suchen mit aller Macht jede Verbesserung im Arbeitsverhältnis zu unterdrücken. Die Arbeiterschaft muß deshalb ihre Organisation einheitlich gestalten und alle Arbeiter der Industrie erfassen, wenn sie positive Vorteile erreichen will. Dies war dem Verband der Glasarbeiter nur zum Teil möglich. Von den rund 80.000 in der Glasindustrie beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen gehörten im Jahre 1921 rund 60.500, im Jahre 1922 rund 72.600, im Jahre 1923 rund 70.300 Mitglieder dem Verband der Glasarbeiter an.

Einen starken Rückschlag brachte die Inflationsperiode, und diese Erscheinungen trafen besonders in den Anfängen des Jahres 1924 hervor. Die Industrie litt unter starker wirtschaftlicher Depression; die Betriebe wurden zum Teil stillgelegt. Eine recht bedeutende Arbeitslosigkeit legte ein. Das Unternehmertum versuchte seine Macht geltend zu machen.

Große Kämpfe

waren besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1923 zu verzeichnen. Einmal wandten sich die Arbeiter gegen die beabsichtigten Lohnkürzungen, dann aber auch gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Da die Mittel der Organisation in der Inflationsperiode äußerst beschränkt waren, konnten die Kämpfe nicht unterstützt werden; trotzdem standen die Arbeiter lange Wochen ohne jede Unterstützung im Kampfe. Es gelang, den gemeinsamen Aufruf der Unternehmer zum großen Teil abzuwehren. Diesem wüßten leider Lohnherabsetzungen hinzunehmen werden. Vereint kämpften die Glasarbeiter gegen die Verlängerung der Arbeitszeit. Im § 7 der Verordnung über die Arbeitszeit heißt es ausdrücklich:

„Eine Ueberschreitung der in § 1 Satz 2 und 3 festgesetzten Grenzen auf Grund von tariflichen Vereinbarungen (§ 5) oder behördlicher Zulassung (§ 6) ist für Gewerbebetriebe oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben und Gesundheit stehen, insbesondere für Arbeiter im Steinkohlenbergbau unter Tage sowie für Arbeiter, die in außergewöhnlichem Grade der Einwirkung von Hitze, giftigen Stoffen, Staub und dergleichen oder der Gefährdung durch Sprengstoffe ausgesetzt sind, nur zulässig, wenn die Ueberschreitung aus Gründen des Gemeinwohls dringend erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Übung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt.“

Gerade in der Glasindustrie leiden aber die Arbeiter in außerordentlichem Grade unter der Einwirkung der Hitze, sind ferner giftigen Stoffen und besonders in den Schleifereien dem Staub ausgesetzt. Es mußte erwartet werden, daß das Arbeitsministerium gegen die Verlängerung der Arbeitszeit einschreite. Wiederhol: hat sich die Organisationsleitung der Glasarbeiter mit einer ganzen Reihe von Eingaben, in denen auf die widrigen Umstände hingewiesen wurde, an das Arbeitsministerium gewandt, aber

nichts ist geschehen.

um die Ausbeutung der Glasarbeiter durch die Industriellen zu unterbinden. Der Arbeitsminister verspricht selbst einige Glashütten zu besichtigen, ob dies geschehen ist, entzieht sich unserer Kenntnis, aber jedenfalls muß festgestellt werden, daß der Arbeitsminister gegen das Streben der Industriellen, die Arbeitszeit in der Glasindustrie über die achtstündige Arbeitszeit hinaus zu verlängern, noch nicht eingeschritten ist.

In der Fensterglasindustrie ist der Arbeitsprozeß ein unregelmäßiger. Da die Arbeit überaus schwer und anstrengend ist, war durch einen Tarifvertrag festgelegt, daß die Arbeitszeit für die Glasbläser an den Sonnabenden um 4 Uhr beendet sein muß. Vom 1. Januar 1924 ab haben die Unternehmer nicht nur die Verlängerung verlangt, sondern sie haben durchgesetzt, daß die Arbeitszeit bis in den Sonntag hinein ausgedehnt werden und schließlich die Sonntagsarbeit vollkommen eingeführt werden kann. Leider gelang es nicht, diesen Anschlag der Unternehmer zurückzuweisen.

Mit dem Arbeiterschutz ist es sehr trüb bestellt. In den letzten Jahren sind die Kristallglaschleifereien wie Pilze aus der Erde gewachsen. In völlig ungesunden und ungesunden Männern werden die Kristallgläser geschliffen und die Glaschleifer, die den Sandstaub und Glasstaub einatmen, leiden sehr stark

unter Lungentuberkulose.

Trotzdem besteht das Bestreben der Industriellen, nicht nur in der Glashütte, sondern auch in den Schleifereien die Arbeitszeit über 8 Stunden auszudehnen. Das Durchschnittsalter der Glasarbeiter ist statistisch festgelegt und für die einzelnen Branchen in folgender Weise erfasst worden:

38,55 Jahre für Arbeiterinnen, 39,69 Jahre für Glaschleifer,
45,92 „ „ Feuerleute, 46,07 „ „ Glasmacher,
48,78 „ „ Hilfsarbeiter, 51,76 „ „ sonst. Zigarbeiter.

Das sind jedenfalls Zahlen, die auch für das Arbeitsministerium Veranlassung sein sollten, sich dem Arbeiterschutz in der Glasindustrie zuzuwenden. Leider blieben alle Bemühungen der Organisationsleitung beim Arbeitsministerium erfolglos.

Die Organisations- und finanziellen Verhältnisse haben sich in den letzten Monaten wesentlich gebessert. Die Organisation scheint wieder über die schwierigen Verhältnisse hinweg zu sein. Die Glasarbeiter werden nicht ruhen, sondern ihre Organisation weiter ausbauen. Leider haben die Anhänger von Rosa u. ihre Zerplitterungstendenzen in den Verband der Glasarbeiter getragen. Die so-

genannte Opposition will ihre Kräfte auf dem Verbandstag geltend machen. Die Herren haben eigene Konferenzen abgehalten, sie haben Geldsammlungen zur Befreiung der Ausgaben unternommen und jetzt sogar eine eigene Verbandszeitung herausgegeben, in der sie derart

maßlose Beschimpfungen gegen die Verbandsleitung

erheben, wie sie kaum mehr feierungsfähig sind. Dabei muß festgestellt werden, daß eine Konferenz des Hauptvorstandes, der Gauleiter, des Ausschusses und des Beirats beschloffen hat, daß Sonderkonferenzen von keiner Gruppe abgehalten werden dürfen. Alle diese Beschlüsse lassen die Herren ganz unberührt.

Der Verbandstag wird mit diesen herrschaftlichen Abrechnung gehalten. Wie in allen anderen Organisationen sind auch diese Leute im Verband der Glasarbeiter auf dem Verbandstag in Radeberg nur durch eine verschwindende Minderheit vertreten. Der Vorstand des Verbandes der Glasarbeiter hat gegenüber der Opposition die größte Toleranz geübt; trotzdem haben sich die Herrschaften die ungeheuerlichsten Beschimpfungen erlaubt. Bezeichnend aber ist, daß sie in ihrem Organ, das bisher nur einmal erschien, keinen einzigen Angriff gegen das Kapital unternahmen.

Es besteht aber die Gewissheit, daß der Verbandstag der Glasarbeiter dafür sorgt, daß die Organisation ihre bisherige Bahn nicht verlassen wird.

Für die Bergarbeiter

ist die weitere Unterstützung zunächst auch dann noch dringend erforderlich, falls die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wird. Auf den Listen der „Bergarbeiterhilfe“ muß weiter gesammelt werden.

Wer bisher noch nichts zur Unterstützung der um den Achtstundentag im Ruhrrevier kämpfenden Arbeitsbrüder beigetragen hat, muß sofort die Vorlegung der Sammelliste „Bergarbeiterhilfe“ fordern und sein Scherlein mit beitragen.

Denn die Not ist groß!

Kundgebung der Berliner Beamtenschaft.

Sofortige Revision der Besoldungsregelung!

Der Allgemeine Deutsche Beamtenschaftsbund, Ortsausschuß Berlin, hatte zu einer öffentlichen Beamtenschaftskundgebung die Berliner Beamtenschaft am Abend des 27. Mai im Saalbau Friedrichshain eingeladen. Lange vor Beginn war der Saalbau, der einige 1000 Personen faßt, überfüllt, so daß in dem in der Nähe gelegenen Schweizer-Garten unter sehr starkem Andrang eine Parallelversammlung abgehalten werden mußte. Daß es sich dieses Mal nicht um eine der üblichen Protestkundgebungen handelte, ergab sich bereits aus den einleitenden Worten des ersten Vorsitzenden Kesselbauer, der erklärte, daß die Aussprache ergehen müßte, ob die Berliner Beamtenschaft zu einer Aktion bereit sei oder nicht. Das Referat hielt der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, Menne. Er und auch das Mitglied vom Bundesvorstand des ADGB, Runge, ernteten reichen Beifall. Die Versammlung nahm einstimmig die nachstehende Entschließung an und wählte einen Aktionsausschuß:

„Die am 27. Mai 1924 im Friedrichshain und Schweizer-Garten zu Tausenden verammelte Berliner Beamtenschaft nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß das Juli-Gesamteinkommen der unteren Gruppen nur mit etwa 13 Proz. und das der mittleren Gruppen mit ungefähr 22 Proz. ausgebessert wurde, während das Gesamteinkommen der oberen Gruppen um 60 Proz. erhöht worden ist. Die Härte der eben erfolgten Besoldungserhöhung muß deshalb um so schwerer empfunden werden, weil die unteren und mittleren Gruppen, selbst nach dieser Erhöhung, noch nicht das Notwendigste zum Leben haben. Wenn die Not Deutschland zum Entbehren zwingt, sollen allen Bevölkerungsschichten Beschränkungen auferlegt werden. Die Verammlung beauftragt die von ihr gewählte Kommission, sofort beim Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenschaftsbundes und Deutschen Beamtenschaftsbundes zu verlangen, daß energische Schritte bei der Regierung und beim Reichstag erfolgen, damit in sofortigen neuen Besoldungsverhandlungen die Gehälter der unteren und mittleren Gruppen so ausgebessert werden, daß die bisherige Spannung erreicht wird. Für den Fall, daß die Regierung derartige Verhandlungen ablehnt, haben die Bundesvorstände sofort eine Urabstimmung einzuleiten.“

Schiedspruch für die Angestellten der Metallindustrie.

In der gestrigen A.F.L.-Funktionärversammlung berichtete Lang vom A.F.L. über die Verhandlungen vor dem Schlichter Groß-Berlin. Für die Angestellten der Metallindustrie ist am 27. Mai folgender Schiedspruch gefällt worden: Die Gehälter in der Metallindustrie werden für den Monat Mai um 5 Proz. erhöht. Es verbleibt bei den bisherigen Familienzulagen. Die weiblichen Angestellten erhalten wie bisher 10 Proz. weniger als die männlichen Angestellten. Die sich hieraus ergebenden Sätze werden auf volle Mark abgerundet. Eine begeisterte Zustimmung kann dieser Schiedspruch bei den Angestellten nicht finden. Immerhin weist derselbe eine gewisse Verbesserung auf, so daß der Redner die Annahme des Schiedspruches empfehlen konnte. Nach einer regen Diskussion wurde dem gegen nur wenige Stimmen zugestimmt.

Buchbinderstreik in Danzig.

Zu unserer Notiz in Nr. 239 des „Vorwärts“ über den Buchbinderstreik in Danzig schickt uns der Vorsitzende des Vereines der Buchdruckerbesitzer in Danzig folgende pressegelegliche Berichtigung:

„Es ist nicht richtig, daß die Unternehmer eine Zusage, die Buchbinder nach dem Buchdrucker tarif zu entlohnen, nicht eingehalten haben.“

Richtig ist vielmehr, daß die Lohnabmachungen ausdrücklich nach dem Wortlaut des von beiden Parteien unterschriebenen Beschlußprotokolls lediglich „für die Gehilfen- und Hilfsarbeiter der Buchdruckereien“ getroffen wurden.“

Die Richtigkeit dieser Berichtigung läßt sich im Augenblick nicht nachprüfen. Tatsache ist, daß die Buchbinder in Danzig im Streik stehen, weiter aber, daß — worauf es in unserer Notiz hauptsächlich ankommt — „Danziger Unternehmer auf der Reise nach Berlin sich befinden, um hier Buchbinder und Buchbinderarbeiten für Danzig anzumerben. Des ergibt sich einmal daraus, daß die Berichtigung diese Behauptung völlig unberücksichtigt läßt, weiter aber aus dem Umstande, daß Herr Siebenfreund und seine Beiratsmitglieder in Berlin abgefaßt hat, unter Benützung von Beiratsbogen und Umschlag des „Hospiz am Bahnhof Friedrichstraße, Christliches Hotel 1. Kanges“, und sie hier zur Post gegeben hat.“

Es bleibt also bei unserer Warnung an die Buchbinderarbeiten vor Arbeitsannahme nach Danzig, bis der Streik beendet ist.“

Die Hamburger Hafnarbeiter für den Schiedspruch.

Während eine Erklärung der Arbeitgeber über die Annahme des in der Tariffrage ergangenen Schiedspruches noch nicht vorliegt, haben die Vertrauensleute der Hamburger Hafnarbeiter den vom Schlichtungsausschuß gefällten Schiedspruch über die Löhne angenommen.

Wirtschaft

Die Wirtschaftslage der Jadedstädte.

Aus Wilhelmshaven wird uns geschrieben: Die beiden am Jadebusen gelegenen Städte Wilhelmshaven und Rastbergen kämpfen seit dem mittelfrischen Zusammenbruch des Reiches einen schweren Kampf um ihre Existenz. Eintragsgrund aus die Marine, den Kriegsschiffbau und dessen ganzes Drum und Dran eingestellt, leiden sie daher heute in besonders starkem Maße unter der wirtschaftlichen Ungunst der Gegenwart. Weite, in früherer Zeit ganz Marinezwecken dienende Hafenanlagen liegen noch immer völlig ungenützt, wenn aber sich irgendwer aus industriellen Gründen heraus für jene brachliegenden Arbeitsplätze zu interessieren beginnt, dann bleiben Schwierigkeiten durch das Reich nicht aus.

So gut es in ihrer Macht stand, haben die beiden Städte sich in den letzten Jahren selbst zu helfen gesucht. Sie haben Verbindungen angeknüpft, kleinere Industrien angehebelt und sich durch ein Duzend Schiffswerften in sehr beachtenswerter Weise auf den Abwrackbetrieb eingestellt. Auch die halbstaatlichen Deutschen Werke sind auf diesem Gebiet tätig. Leider haben die Städte, hat die Bevölkerung an diesem Betrieb in letzter Zeit sehr wenig Freude erlebt. Bei der dreizehn Wochen währenden Aussperrung auf den Seeschiffswerften ging dieses Unternehmen scharfmäherisch voran, während die übrigen Betriebe die Forderungen der Belegschaften entgegenkamen und sich an dem Rechtskampf nicht beteiligten. Jetzt aber, nachdem der Kampf vorüber ist, geht haben die Deutschen Werke in Rüstingen von rund vierzehnhundert Aussperrten nur etwa vierhundert wieder eingestellt. Für die übrigen Arbeiter ist angefüllt keine Beschäftigung mehr im Betrieb. Darüber hinaus gibt die Direktion bekannt, daß aus Finanzalamitäten heraus demnächst das Unternehmen ganz geschlossen werden müßte und tatsächlich sind auch in diesen Tagen bereits über 200 Angestellte gekündigt worden. Hinzu kommt, daß das Werk in den letzten Tagen noch infolgedessen Vieh geholt hat, als über Nacht der zum Umrücken auf der Werft liegende amerikanische Handelsdampfer St. Paul einfach im Wasser versunken war. Die Hebung bzw. Sprengung des Schiffes im Wasser aber wird ein riesiges Stück Geld kosten, so daß der berechnete Gewinn aus dieser Arbeit einfach verloren sein dürfte. Angefüllt solcher Ergebnisse nimmt der Reichstagsabgeordnete Genosse Hülich in der letzten Ausgabe unseres Rüstinger Parteiorgans in trübseliger Weise zu den Dingen Stellung. Er sieht in der ganzen rückwärtsgehenden Entwicklung dieses großen Betriebes, von dem man sich bei keiner Gründung vielerlei für die Jadedstädte erhoffte, eine starke Note und wirft die Frage auf, ob das Werk Rüstingen nicht „sorgsameren und fähigeren Händen anzuvertrauen sei“ als dies die derzeitige Leitung darstelle. Diese schwere Vorwürfe dürfen nicht ohne Folgen bleiben.

In den ersten Jahren nach dem Kriege hatte man in den Jadedstädten mit einer Annullierung der Hafenanlagen durch überseeischen Handelsverkehr gerechnet. Diese Hoffnungen haben sich bislang nicht erfüllt. Dagegen ist es gelungen, große internationale Petroleumunternehmungen für die vielen großen Tanks am Hafen zu interessieren. Wilhelmshaven wurde so zu einer Umladestelle von Bedeutung und erst vor einigen Tagen kam ein über 7000 Tonnen Petroleum enthaltender Dampfer aus dem russisch-georgischen Batum hier an, um hier die Ware auszuladen, sie vorübergehend in die Tanks zu füllen und sie nachher in das Landinnere oder ins benachbarte Ausland an ihre Bestimmungsorte weiterleiten zu lassen. — Doch, soviel Hoffnungen sich auch an diese Unternehmungen zu knüpfen, vorläufig scheinen sie noch so unzulänglich, als daß sie eine wirkliche Ausbesserung der wirtschaftlich durch den Zusammenbruch der Währung so außerordentlich geschwächten beiden Städte, die ein einheitliches Interessengebiet bilden, im Gefolge haben könnten. Daß aber die Jadedstädte noch eine Zukunft haben und daß es Kreise gibt, die an diese Zukunft glauben, dafür spricht die Tatsache, daß vor zwei Tagen in Wilhelmshaven der bekannte Konzern Rudolf Karstadt ein in jeder Beziehung modern und großzügig eingerichtetes Warenhaus eröffnete. Ein Betrieb, der über 300 Angestellte beschäftigt, was für die jadedstädtischen Verhältnisse auf diesem Gebiete sehr viel bedeutet.

Beamtenschaft für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Felix Caterinus; Gewerkschaftsbewegung: Reich, Geyer; Revolution: Dr. John Schilowski; Politik und Sozial: Erik Rostköt; England: Th. Wied; Italien: Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin O. M. S. S. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. O. 46, Lindenstraße 3.

Garderobe
in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
Billige Preise!
Ersatz für Maßarbeit
Herren-Anzüge, Paletots,
Knaben- und Burschen-Anzüge
Cohn
Gr. Frankfurter Str. 58
5 Minuten vom Alexanderplatz
Eingang durch Möbelläden

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswert, gediegene Arbeit
Auf Teilzahlung!
Herren-Konfektion
zu sehr billigen Preisen
GAMNITZER
Schönhauser Allee 82 I.
am Untergrundbht. Nordring.

Volkskleidung! Kosen
für Sport, Beruf und Straße.
Manteller-Anzüge,
Coben- und Gummimäntel.
Anzüge für Herren u. Knaben.
Jemden & Socken & Unterhosen.
Für jede, solide Ware, billige Preise.
Berufskleidung!
Gerhard Kohnen
Neukölln
Hermannstr. 75-77.
HOLZHAUSER
von 500 Mk. an,
Schuppen, Hallen, Ge-
regen etc. liefert preis-
wert kurzfristig
Holzhausbau Littmann
N 54, Lehrlingsstraße 51, 53
Tel. Nord 1020/21

Die auf weiteres gebe ich meiner wertigen
Rund- Zigaretten, Zigarren, Tabake
schafft auf bei Barzahlung 2/3, Rabat
Alle bekannten Marken mischbar oder Lager
Zigaretten von 3-20 Stk. pro Stück.
Tabake bedeutend billiger gemischt.
Arno Geßner, Groß-Handlung,
Berlin NW, Berolite 21, am Reichstagsgelände
+ Geschlechtskranke +
Behandlung von Syphilis, Hautaus-
schlägen, Blasen, Nierenleiden,
harte Knochen, auch wo alles ver-
loren, wurden
Tausende durch
des neue deutsche Reichs-Patent,
Inzestritigkeit. Viele Krankenlungen
und Dankschreiben.
Gewissenhafte ärztl. Leitung.
Phorosan & **Deinanthalen**,
Reichsamtstr. 109, nahe Stiglitzbrücke,
Brunnenstr. 191, nahe Rosenfelder Pl.
Getrennt für Herren und Damen,
Sprechzeit täglich 10-7, Sonnt. 9-12

Buschbohnen zur Saat
von erstklass. Züchtern in hochkeimfähig. Ware
Rote Plagebohn, reich tragend, per Pfd. 1,00 M.
weiße „ extra schön „ 2,20
„ Nieren, vorzüglich „ 2,80
frühe Negar, bekannte Sorte „ 2,75
gelbe Brech zum Einmachen „ 2,80
Hinrichs bunte Riesen Ersatz „ 2,80
Plagebohn Chevrier „ 2,20
Prager bunte (wie Hinr. Riesen) „ 2,80
Stangenbohnen
Wachs Mont D'or
verb. Don Carlos } per Pfd. 3,50
Juli
weiße Schwerl
Markerböhen, Wunder von Amerika
niedrig „ per Pfd. 0,60
Ernst Schmolli
Landsberger Allee 128, Prenzl. Allee 169
Tel.: Alexander 4102

Zahlungserleichterung
gewährt altangesehene Möbellfabrik
vertrauensvollen Leuten. Offerten
unter R. 33 Hauptexp. des „Vorwärts“.
Süde Hagen
1911
Siedingstr. 48
Staden 4661

Besonders wirksam sind die
KLEINEN ANZEIGEN
in der Gesamtanlage
des „Vorwärts“ und
billig!